

15. V22 Vergaben ökologisch, sozial und innovativ gestalten – Tariftreueregelung, Umweltkriterien und KMU-Förderung ins Vergabegesetz

Gremium: LAG Soziales, Gesundheit und Arbeit
Beschlussdatum: 19.10.2022
Tagesordnungspunkt: 9. Anträge Verschiedenes - in Reihenfolge
entspr. Ergebnis Mitglieder-Ranking

Antragstext

1 Die Brandenburger Kenia-Koalition hat im Frühjahr 2021 das Vergabegesetz
2 geändert. Bestehende Umweltkriterien wurden für die Landesebene verpflichtend und
3 der Vergabemindestlohn wurde auf 13€/h angehoben. Im Koalitionsvertrag sind aber
weitere Vorhaben verankert, die jetzt angegangen werden müssen, damit sie in
dieser Legislatur noch umgesetzt werden können.

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg fordern deshalb:

4 1. Umweltkriterien verpflichtend für alle Ebenen!

5 Durch die Stärkung der Umweltkriterien im März 2021 wurden diese für die
Landesebene verpflichtend. Wir wollen diese auch für die kommunale Ebene
verpflichtend einführen. Denn auch hier gilt: wer billig kauft, kauft zweimal.
Statt nur auf die Anschaffungskosten zu schauen, muss eine
Lebenszyklusbetrachtung Einzug halten, die u.a. Betriebs- und Entsorgungskosten
mit einbezieht. Studien zeigen: Höhere Anschaffungskosten für ökologisch
nachhaltigere und/oder energiesparsamere können über die Nutzungsdauer mehr als
kompensiert werden. Das ist nicht nur ökologisch, sondern auch finanziell
nachhaltige Beschaffungspolitik.

6 2. Tariftreueregelung verankern!

7 Immer mehr Bundesländer haben Tariftreueregelungen in ihren Vergabegesetzen
verankert. Am weitesten sind das Saarland und das Land Berlin. Auch in
Brandenburg soll gelten: Wer im Auftrag des Landes Brandenburg arbeitet, soll
nicht nur den Vergabemindestlohn erhalten, sondern nach Tarif bezahlt werden! Da
Brandenburg und Berlin ein mehr oder weniger einheitliches Tarifgebiet bilden,
sollte sich Brandenburg am Berliner Modell orientieren und auf dessen Vorarbeit
aufbauen.

8 3. KMU und Start-Ups besser berücksichtigen!

9 Öffentliche Ausschreibungen in Brandenburg sollen die Teilnahmechancen von KMU
und Start-Ups weiter verbessern und bestehende strukturelle Wettbewerbsnachteile
gegenüber großen und/oder seit langem an öffentlichen Ausschreibungen
teilnehmenden Unternehmen ausgleichen. Die bereits im Brandenburgischen
Mittelstandsförderungsgesetz (§5 BbgMFG) geregelte Aufteilung großer Aufträge in
mehrere Lose und die Quote für die Berücksichtigung von KMU muss verbindlicher
ausgestaltet und nachgehalten werden. Zudem muss es für pauschal/standardisiert
geforderte Eignungskriterien (wie Referenzen, Mindestjahreszahl betrieblicher
Praxis und Zertifizierungen) Ausnahmeregelungen oder Ersatztatbestände geben.
Diese müssen mit vertretbarem Aufwand nachzuweisen sein und sich am
Auftragsgegenstand orientieren. Qualität und Eignung des Angebots sollten für die
Auswahl ausschlaggebend sein.

10 4. ILO-Kernarbeitsnormen aufnehmen!

11 Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), zuständig für die Formulierung und
Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards, hat Mindeststandards
in den sogenannten Kernarbeitsnormen festgelegt. Für bestimmte Produkte, wie
Kaffee, Naturstein-, Holz- oder Baumwollprodukte, muss der Nachweis über die
Einhaltung der Kernarbeitsnormen ab einer Auftragsgröße von z.B. 10.000 € im
Vergabegesetz als Bedingung festgelegt werden.

12 5. Verpflichtende Übernahme von Personal beim Wechsel des Auftragnehmers im
ÖPNV!

13 Der Wettbewerb bei ÖPNV-Ausschreibungen darf nicht auf dem Rücken der
Beschäftigten ausgetragen werden! Neue Anbieter dürfen nicht mit schlechteren
Arbeitsbedingungen und geringeren Löhnen die Bestandsanbieter unterbieten. Um
dies zu gewährleisten muss eine Klarstellung ins Vergabegesetz, dass bei Wechseln
der Auftragnehmer im ÖPNV das Personal zu übernehmen ist.

14 6. Digitale Souveränität bei der Hard- und Software-Beschaffung!

15 Staatliche Stellen müssen bei der Beschaffung von Hard- und Software endlich
nachhaltig sicherstellen, dass sie dauerhaft souverän über ihren Technikeinsatz
bestimmen können. Dafür müssen verbindliche Standards für offene und
standardisierte Schnittstellen, Quelloffenheit von Software und die
Gewährleistung von Informationssicherheit (Update-Garantien, verschlüsselte
Speicherung, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung bei der Übertragung, restriktives
Rechtmanagement etc.) festgeschrieben werden.

16 7. Vergabekompetenz der öffentlichen Hand bündeln!

- 17 Die Komplexität des Vergaberecht steigt durch ökologische und soziale Zielsetzungen. Damit das Potential dieser Zielsetzungen auch ausgeschöpft und insbesondere kleinere Vergabestellen nicht überfordert werden, soll eine zentrale Vergabekompetenzstelle als Dienstleisterin Vergaben durchführen können. Das schont die kommunalen Personalressourcen und führt zu effizienter und effektiver Vergabepaxis. Weitere Aufgabe dieser Vergabestelle kann die Wirkungskontrolle sein, damit eine Datengrundlage darüber geschaffen wird, welche Vorgehensweisen und Anbieter sich bewährt oder umgekehrt als problematisch erwiesen haben.